

Aus dem Parlament
**BEITRAGSFREIER KINDERGARTEN:
NUR EIN ROT-GRÜNES
WAHLVERSPRECHEN!**

Aktuell
ISLAMVERTRAG GESCHEITERT

Aktuell
SECHS JAHRE HAFT FÜR SAFIA S.

Aus dem Parlament
WO SIND ALL DIE LEHRER HIN?

Aus dem Parlament
DÜNGEN VERBOTEN!

B

**BERICHT
AUS DEM LANDTAG**

EDITORIAL

Ausgabe Februar 2017

HUNDERTFACHER ASYLBETRUG:

CDU FORDERT LÜCKENLOSE AUFKLÄRUNG DER VORFÄLLE IN BRAUNSCHWEIG



Sehr geehrte Damen und Herren,
Vertrauen ist eine der Grundvoraussetzungen für die Akzeptanz von politischen Entscheidungen: Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass politische Verantwortungsträger das Wohl des Landes vor die eigenen Bedürfnisse stellen und nach Recht und Gesetz handeln.

Mit Sorge beobachten wir, wie die Landesregierung dieses Vertrauen verspielt. Der Ministerpräsident verstrickt sich zunehmend in den Betrugsskandal um die Abgaswerte bei VW. Statt transparent aufzuklären, hält die Landesregierung wichtige Unterlagen unter Verschluss.

Der Innenminister wird von der Landesdatenschutzbeauftragten kritisiert, weil er mit seinem Bodycam-Pilotversuch ohne Rechtsgrundlage in Grundrechte eingreift. Bei Abschiebungen lässt er jeden klaren Kurs vermissen und entscheidet nach Gutsherrenart.

Die Fraktionen von SPD und Grüne verhindern staatsanwaltliche Ermittlungen gegen einen ihrer Abgeordneten. Die Kultusministerin duldet eine vollverschleierte Schülerin in einer Oberschule, obwohl das nach dem Schulgesetz verboten ist. Mehrfach versuchte Rot-Grün die Oppositionsrechte verfassungswidrig zu beschränken und verlor deswegen vor dem Staatsgerichtshof.

Das alles erfolgt mit ausdrücklicher Zustimmung des Ministerpräsidenten. Die Landesregierung sollte sich das sehr zu Herzen nehmen und ihren Kurs korrigieren. Recht und Gesetz müssen für jeden gelten.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

Hundertfacher Asylbetrug in Braunschweig

Schaden in Millionenhöhe: CDU-Fraktion fordert lückenlose Aufklärung – ähnliche Fälle offenbar an allen Standorten der Landesaufnahmebehörde

Sie kamen mal mit Bart – mal ohne, mit gefärbten Haaren, mit und ohne Brille, mit falschen Namen und Identitäten: In mehreren Hundert Fällen sollen sich seit 2015 sudanesischer Asylbewerber in der Landesaufnahmebehörde (LAB) Braunschweig über Mehrfachregistrierungen Sozialleistungen erschlichen haben. Mittlerweile soll die Staatsanwaltschaft Braunschweig in über 300 Verdachtsfällen ermitteln. Der Leiter der Aufnahmeestelle und seine Stellvertreterin sollen von den Vorfällen gewusst, sie aber nicht verfolgt haben. Das Innenministerium ist laut eigenen Angaben seit Juni vergangenen Jahres über die Vorfälle informiert – Innenminister Pistorius will hingegen erst im Dezember davon erfahren haben.



Editha Lorberg – stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

Inzwischen ist klar: Auch an allen anderen Standorten der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen hat es ähnliche Fälle von Sozialbetrug gegeben – das hat Innenminister Pistorius auf Nachfrage der CDU im Februar-Plenum eingeräumt. Wie viele Fälle es genau gebe, wisse er aber nicht. Im Zweifel seien es Dutzende oder Hunderte gewesen, sagte Pistorius im Landtag. Eine Antwort, die die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Editha Lorberg, fassungslos macht: „Offenbar sind die bislang bekannten Fälle nur die Spitze des Eisbergs. Die Erklärung des Innenministers spricht Bände: Exakte Zahlen kennt er nicht und sie interessieren ihn offensichtlich auch nicht besonders. Sein verarmender, desinteressierter Umgang mit dem hundertfachen Ergaunern von Sozialleistungen ist erschreckend.“ Allein in Braunschweig wird der dem Land Niedersachsen entstandene Schaden auf mehr als vier Millionen Euro geschätzt.

„Umgang mit LAB-Mitarbeiterin ist ein Skandal im Skandal“

Den Stein ins Rollen gebracht hatte Nadja N., die 2016 in der LAB Braunschweig als Mitarbeiterin über eine Zeitarbeitsfirma tätig war. Zwei Kolleginnen und ihr fiel auf, dass einige Asylbewerber sich auf den Fotos auffallend ähnelten. Darauf

hin stellte sie zunächst 30 Verdachtsfälle zusammen und informierte die Standortleitung. Dort fand sie jedoch kein Gehör. Stattdessen teilte man ihr mit, dass nur aktuelle Betrugsfälle der Polizei gemeldet würden – „Altfälle“ hingegen sollten nicht verfolgt werden. Die Unterlagen sollte N. ins Archiv der LAB bringen. Daraufhin übergab sie die Fälle der Sonderkommission Zentrale Ermittlungen (Soko Zerm), die sich mit der Kriminalität von Flüchtlingen beschäftigt und damals beinahe täglich in der LAB im Einsatz war.

In den folgenden Monaten machte N. die Standortleitung und andere Vorgesetzte wiederholt auf die wachsende Zahl der von ihr und ihren Kollegen zusammengestellten Betrugsfälle aufmerksam. Ohne Erfolg. Als sie schließlich im Mai 2016 insgesamt 520 dokumentierte Verdachtsfälle vorlegte, wurde sie wegen „nicht autorisierten Verhaltens“ drei Wochen vor Ablauf ihres befristeten Arbeitsverhältnisses vom Dienst freigestellt. Dabei bestätigen auch andere Mitarbeiter das merkwürdige Verhalten der LAB-Leitung. In einem anonymen Schreiben an die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lorberg, das inzwischen auch der Staatsanwaltschaft Braunschweig vorliegt, beklagen „Bedienstete der LAB“ eine von oben vorgelebte Kultur des Wegsehens innerhalb der Behörde.

Die CDU fordert von Innenminister Pistorius die vollständige Rehabilitation von Nadja N. – sie habe mutig und völlig richtig gehandelt. „Der Umgang mit der Mitarbeiterin ist ein Skandal im Skandal.“



In der Landesaufnahmebehörde Braunschweig sollen Asylbewerber sich in Hunderten Fällen mittels falscher Identitäten Sozialleistungen in Höhe von insgesamt mehr als vier Millionen Euro erschlichen haben. Foto: dpa

Auf das unbequeme Aufdecken der Betrugsfälle folgte die vorzeitige Freistellung – ein hämisches Dankeschön“, kritisiert Lorberg, die persönlich mit Nadja N. gesprochen hat und ihre Aussagen als absolut glaubwürdig einschätzt. „Ihr Vertrauen in den Rechtsstaat ist in Folge der ganzen Affäre tief erschüttert. Dabei wollte sie als aufmerksame und gewissenhafte Mitarbeiterin nur bei der Aufklärung von Straftaten helfen.“

Standortleiter fürchtete offenbar Rassismus-Vorwürfe

Gegen den Leiter der Braunschweiger Aufnahmeestelle ermittelt die Staatsanwaltschaft inzwischen wegen des Verdachts der Untreue. Geprüft wird, ob er Akten mit zahlreichen Verdachtsfällen absichtlich nicht an die

Polizei weitergegeben hat. Zudem muss er mit disziplinarischen Konsequenzen rechnen. Offenbar hatte der Mann befürchtet, sich bei einem möglichen Eingreifen Rassismus-Vorwürfen ausgesetzt zu sehen, da die Beschuldigten zum Großteil der gleichen Volksgruppe angehören. Das geht aus einer dienstlichen Erklärung gegenüber dem Innenministerium hervor. Gegen einen weiteren Mitarbeiter wird ebenfalls ermittelt.

Lorberg: „Die große Mehrheit der Mitarbeiter in den LABs hat in den schwierigen Monaten der Flüchtlingskrise Großartiges geleistet. Umso wichtiger ist eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle in Braunschweig, damit ihre Arbeit nicht weiter in Misskredit gebracht wird. Der Innenminister muss endlich anfangen, die verschleppte Aufklärung der Betrugsaffäre transparent aufzuarbeiten.“

Am Rand notiert:

Anfang Februar verurteilte das Amtsgericht Hannover einen 25-jährigen Sudanese wegen mehrfachem Asylbetrugs zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten – ausgesetzt zur Bewahrung. Der Mann soll seit 2014 mit Hilfe falscher Identitäten in mindestens sieben norddeutschen Städten Sozialleistungen bezogen und da bei rund 22.000 Euro ergaunert haben. Bei einem Behördenbesuch im September 2016 flog er schließlich

auf. Die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Editha Lorberg, fordert für solche Fälle die unmittelbare Einstellung des Asylverfahrens: „Wer versucht, sich unter Zuhilfenahme falscher Identitäten Sozialleistungen zu erschleichen, begeht einen vorsätzlichen Betrug am Land Niedersachsen und hat sein Recht auf Asyl damit verwirkt. Statt auf Bewahrung freigelassen, müssten die Täter sofort in Abschiebehaft genommen und unverzüglich abgeschoben werden.“

AUS DEM PARLAMENT NUR EIN ROT-GRÜNES WAHLVERSPRECHEN!

CDU-Fraktion fordert beitragsfreien Kindergarten ab August 2018



Immer mehr Kinder besuchen in Niedersachsen einen Kindergarten.

Foto: dpa

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – für junge Familien ist das ein entscheidender Faktor bei der Lebens- und Familienplanung. Allein in den letzten zehn Jahren ist die Betreuungsquote bei den 3-6-Jährigen in Niedersachsens Kindergärten um knapp 15 Prozentpunkte gestiegen. Ein Trend, der sich wegen des seit 2013 geltenden Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz weiter fortsetzen wird. „Der Zugang zu frühkindlicher Bildung muss für alle Kinder kostenlos möglich sein“, so die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert. „Bereits 2007 wurde von der CDU-geführten Landesregierung die Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung eingeführt. Es ist daher sinnvoll, bei der derzeitigen guten Haushaltslage des Landes die Beitragsfreiheit auch auf das erste und zweite Kindergartenjahr auszuweiten.“

Versprochen, gebrochen!

„Was ihre Vorhaben für die frühkindliche Bildung angeht, waren SPD und Grüne seit Regierungsübernahme keineswegs vertrauenswürdig“, so Vockert weiter. „Das neue Kita-Gesetz, der Masterplan für mehr und hochqualifizierte Erzieherinnen sowie die Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bildung – alles Ankündigungen im Koalitionsvertrag, die nicht umgesetzt wurden.“ Obwohl der Bedarf an Krippenplätzen in den Kommunen kontinuierlich wachse, seien bisher auch noch keine Landesmittel für den Krippenausbau eingesetzt worden. „Ihre großen Wahlversprechen hat die rot-grüne Landesregierung gebrochen“, kritisiert Vockert. Dies zeichne sich nun auch mit der Aussicht auf die Beitragsfreiheit ab: „Ministerpräsident Weil kündigt erst den beitragsfreien Kindergarten für 2018 an und rudert kurz danach wieder zurück. Das Ganze müsse erst noch durchgerechnet werden, heißt es. Es ist davon auszugehen, dass SPD und Grüne die Beitragsfreiheit im Kindergarten nur versprechen, ohne die ernsthafte Absicht, sie auch tatsächlich umzusetzen.“ Dabei sei die Beitragsfreiheit aufgrund der verbesserten Haushaltslage ein folgerichtiger Schritt, der schnellstmöglich umgesetzt werden müsse.

CDU-Fraktion fordert Nachtragshaushalt für den kostenlosen Kindergarten und den Qualitätsausbau!

Die CDU-Fraktion setze sich für die Abschaffung der Elternbeiträge für Kindergärten ab August 2018 ein, so Vockert. In einem Antrag fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung auf, dem Landtag den Entwurf für einen Nachtragshaushalt zur Finanzierung des kostenlosen Kindergartens vorzulegen. „Neben der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz in allen Regionen Niedersachsens muss die Landesregierung zur Unterstützung der Kommunen die Bundesprogramme zur Investitionsförderung durch ein eigenes Landes-Investitionsprogramm für den weiteren Ausbau von Plätzen in Krippen und in der Kindertagespflege ergänzen. Darüber hinaus gilt es, einen aus Landesmitteln finanzierten Stufenplan zur weiteren Verbesserung der Betreuungsqualität in Kitas vorzulegen“, so Vockert. Der Stufenplan soll folgende Punkte umfassen:

- aufsteigende Einführung einer dritten Kraft in Kindergarten- gruppen für 3-6-Jährige
- Ausweitung der Kapazitäten zur Ausbildung von Kita-Fachkräften
- Ausweitung der Fort- und Weiterbildung von Kita-Fachkräften sowie von Tagesmüttern und -vätern
- Erhöhung der Leitungs- und Verfügungsstunden für Fachkräfte in den Kitas, um ihnen mehr Zeit für Elternarbeit und Abstimmungsgespräche zu geben



Astrid Vockert – CDU-Landtagsabgeordnete

AKTUELL ISLAMVERTRAG GESCHEITERT

Landesregierung legt Verhandlungen auf Eis – CDU fordert gesonderte Vereinbarung mit Aleviten



Vor 2018 wird es in Niedersachsen keine weiteren Verhandlungen über einen Vertrag mit den muslimischen Verbänden geben.

Foto: dpa

Vom vermeintlichen Gewinnerthema zum echten Wahlkampfproblem – wie schnell das gehen kann, hat die rot-grüne Landesregierung jetzt bei den geplanten Verträgen mit den muslimischen Verbänden Ditib und Schura erlebt. Um jeden Preis wollten SPD und Grüne den geplanten Vertrag noch in dieser Legislaturperiode zum Abschluss bringen. Jetzt liegt das einstige Lieblingsprojekt von Ministerpräsident Weil auf Eis – vor 2018 wird es keine weiteren Verhandlungen geben. Auch die geplanten Bürgerversammlungen, bei denen eigentlich die Inhalte des Vertrags diskutiert werden sollten, sind gestrichen.

Keine breite Mehrheit mehr

Am Ende war der öffentliche Druck wohl doch zu groß: die Bespitzelungsvorwürfe gegen Ditib-Imame, die enge Verbindung des Verbands zur türkischen Regierung, die unklaren Mitgliedsstrukturen und -zahlen von Ditib und Schura – nach der CDU distanzierte sich schließlich auch die FDP von dem Vorhaben der Landesregierung. Die von Ministerpräsident Weil zur unabdingbaren Voraussetzung erklärte breite Mehrheit im Parlament wäre längst nicht mehr erreichbar. „Die Landesregierung hat das Thema von Anfang an falsch angepackt“, sagt CDU-Fraktionschef Björn Thümler. „Die Gespräche hinter verschlossenen Türen haben die Verhandlungen unnötig belastet. Was wir bei diesem Thema brauchen, ist ein transparenter gesellschaftlicher Diskurs, der auch Fragen und Bedenken der Bevölkerung Raum gibt.“

Die CDU-Fraktion war bereits im vergangenen August aus den Gesprächen zu den geplanten Verträgen ausgestiegen. Hintergründe waren auch damals schon das ungeklärte Verhältnis von Ditib Niedersachsen zum türkischen Staat sowie die unzureichenden Mitgliedernachweise. „Die erwiesene Staatsferne der beteiligten Verbände ist für uns unabdingbar für ein Zustandekommen eines Vertrags. Diese Unabhängigkeit kann Ditib bis heute nicht nachvollziehbar belegen“, betont Thümler. Nach wie vor würden Ditib-Imame als türkische Beamte in die niedersächsischen Moscheen entsandt und auch die Predigten zentral aus Ankara vorgegeben. Thümler: „Dem Ministerpräsidenten waren

diese Probleme bekannt – er hat sie ignoriert und muss jetzt sein Scheitern eingestehen.“

Aleviten nicht in Mithaftung nehmen

Unverständlich sei auch, warum der Vertragsabschluss mit der Alevitischen Gemeinde ebenfalls ausgesetzt worden sei. „Die Aleviten erfüllen alle Voraussetzungen für den Abschluss der in Aussicht gestellten Vereinbarung. Sie für die Probleme mit den anderen Verbänden in Mithaftung zu nehmen, ist schlichtweg unfair“, kritisiert Thümler.

Inzwischen sind neue Vorwürfe gegen Ditib Niedersachsen aufgetaucht. In einem Brief an den Vorsitzenden des Verbandes beklagt Ministerpräsident Weil die Berufung eines in der Türkei angestellten Imams in den Vorstand des Landesverbandes. Zudem sollen, so Weil weiter, nun doch auch in Niedersachsen angebliche Anhänger der Gülen-Bewegung ausspioniert worden sein. Die Sicherheitsbehörden haben offenbar einen Imam einer Braunschweiger Moschee in Verdacht. „Wir erwarten, dass die vorliegenden neuen Hinweise mit höchster Priorität geprüft werden“, fordert Thümler. „Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, muss die Landesregierung Konsequenzen für die Zusammenarbeit mit Ditib ziehen.“



Björn Thümler – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

AKTUELL SECHS JAHRE HAFT FÜR SAFIA S.

Oberlandesgericht Celle sieht terroristischen Hintergrund der Messerattacke als erwiesen an –
Nacke: Politische Aufarbeitung muss zügig vorangehen

Sechs Jahre Jugendhaft wegen versuchten Mordes und Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung – so lautet das Urteil des Oberlandesgerichts Celle im Fall Safia S. Das Gericht folgt damit der Forderung der Bundesanwaltschaft. Die 16-Jährige hatte am 26. Februar 2016 einen Bundespolizisten im Hauptbahnhof Hannover mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt.

Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass sie mit ihrer Tat den „Islamischen Staat“ unterstützen wollte. Der Angriff in Hannover ist damit das erste von der Terrorgruppe in Deutschland in Auftrag gegebene Attentat. Der wegen Mitwisserschaft angeklagte Mohamad Hasan K. wurde zu zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt.

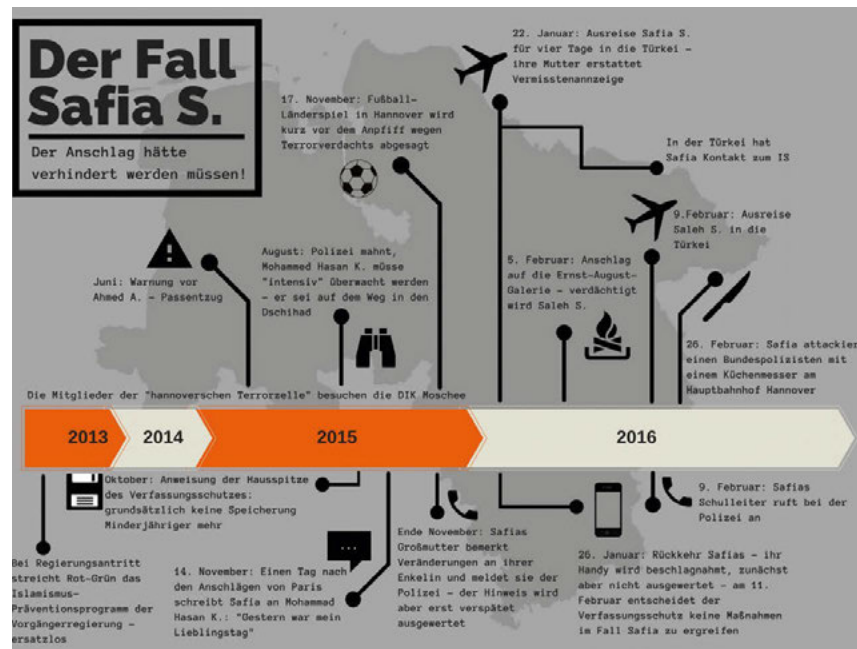
Attentat hätte verhindert werden können

Für den Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke, bestätigt die Entscheidung des Oberlandesgerichts die Brisanz des Falls. „Das Urteil macht deutlich, dass es sich bei dem Messer-Attentat auf einen Polizisten um eine schwere Straftat mit Terror-Bezug gehandelt hat. Dasselbe gilt für die Mitwisserschaft. Damit ist der Versuch des Innenministers, den Fall Safia kleinzureden, endgültig gescheitert“, so Nacke. Für das Gericht ist der Fall Safia weitgehend abgeschlossen – auch wenn ihr Anwalt angekündigt hat, gegen das Urteil in Revision gehen zu wollen. Politik und Sicherheitsbehörden stehen jedoch gerade erst am Anfang des Aufarbeitungsprozesses. Klar ist: Das Attentat hätte verhindert werden können. Das hat der von der CDU initiierte Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufklärung von Sicherheitslücken bei der Bekämpfung islamistischen Terrors in Niedersachsen deutlich gezeigt.

Vorhandene Hinweise blieben unentdeckt

Im Vorfeld hat es Warnungen aus Safias Umfeld gegeben – zunächst von der Familie. Außerdem war bekannt, dass sie an Koranverteilkaktionen teilgenommen und immer wieder die Schule geschwänzt hatte. Trotzdem konnte das Mädchen im Januar 2016, wenige Wochen vor der Tat im Hauptbahnhof, ungehindert Richtung Syrien ausreisen. Selbst nach ihrer Rückkehr passierte zunächst nichts: Ihr Handy wurde nur teilweise ausgewertet, die obligatorische Umfeldaufklärung unterblieb, die vorhandenen Hinweise auf das geplante Attentat blieben unentdeckt – obwohl auch die Schule auf die weitergehende Radikalisierung Safias hinwies.

Der Grund für die Inaktivität der Sicherheitsbehörden liegt auf der Hand: Kurz vor der Tat hatte Innenminister Pistorius angekündigt, die Speicherung von unter 16-Jährigen durch den



Die Abfolge der Ereignisse im Fall Safia zeigt deutlich: Das Attentat am Hauptbahnhof Hannover hätte verhindert werden können.

Verfassungsschutz verbieten zu wollen. Safia – damals noch 15 Jahre alt – fiel genau in diese Kategorie. Die zuständigen Sicherheitsbehörden waren offenbar wegen dieser neuen politischen Maßgabe verunsichert.

Nacke: „Die im Untersuchungsausschuss aufgedeckten Fehler und Pannen im Umgang mit Safia S. müssen jetzt zügig aufgearbeitet und abgestellt werden. Der Innenminister muss die Sicherheitsbehörden endlich in die Lage versetzen, effektiv gegen die islamistische Szene in Niedersachsen vorgehen zu können. Was sie dabei vor allem brauchen, ist der Rückhalt ihres obersten Dienstherren.“



Jens Nacke – Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion

AUS DEM PARLAMENT WO SIND ALL DIE LEHRER HIN?

Unterrichtsversorgung in Niedersachsen auf historischem Tief – Land braucht langfristige Lösungen für den Stundenausfall

In Niedersachsen ist die Unterrichtsversorgung derzeit so schlecht wie seit rund 15 Jahren nicht mehr, sowohl an den allgemein- als auch an den berufsbildenden Schulen. Der Grund für den historisch niedrigen Wert sind falsche Entscheidungen und Weichenstellungen von Kultusministerin Heiligenstadt. „Die mangelhafte Unterrichtsversorgung ist die größte Baustelle der rot-grünen Landesregierung“, so der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried. „Bisher ist noch kein Konzept erkennbar, wie Rot-Grün den Lehrermangel und Stundenausfall mittelfristig beheben will. Alle unsere Vorschläge wurden abgelehnt.“

Noch immer keine Daten zum Unterrichtsausfall

Bereits im Schuljahr 2015/16 konnten rechnerisch an allgemeinbildenden Schulen rund 242.000 Schulstunden nicht erteilt werden – das entspricht einer Unterrichtsversorgung von 99,5 Prozent. An den berufsbildenden Schulen lag die Versorgung sogar unter 89 Prozent. Im laufenden Schuljahr 2016/17 sieht es an den allgemeinbildenden Schulen noch schlechter als im Vorjahr aus: Laut Kultusministerium liegt die Unterrichtsversorgung bei unter 98 Prozent. Wie die Lage derzeit aber wirklich aussieht, ist noch nicht bekannt, da das Kultusministerium die Zahlen für das laufende Schuljahr unter Verschluss hält. Üblicherweise werden diese Daten spätestens im Januar veröffentlicht – die letzten Daten stammen aus dem Sommer 2015. „Unsere Anfrage hat das Kultusministerium immer noch nicht beantwortet, obwohl wir um Auskunft bis zum 6. Februar 2017 gebeten hatten“, so Seefried.



Unterrichtsversorgung bleibt unterirdisch – Niedersachsen benötigt dringend Lehrkräfte
Foto: dpa



Seit der rot-grünen Regierungsübernahme befindet sich die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen im Dauersinkflug. (Quelle: Niedersächsisches Kultusministerium)

„Anstatt die Daten, wie von uns beantragt, herauszugeben, bat das Ministerium um eine weitere Fristverlängerung bis zum 28. Februar.“ Verschärft werde diese untragbare Situation noch dadurch, dass Rot-Grün auch den jeweils zweiten Statistiktermin zum Schulhalbjahr nach Regierungsübernahme abgeschafft habe. „Die Intransparenz hat damit eine neue Qualität erreicht“, kritisiert Seefried.

Niedersachsen braucht langfristige Lösungen

Die CDU-Landtagsfraktion hat die Landesregierung bereits mehrmals aufgefordert, ein Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung bis 2025 vorzulegen. „Wir brauchen langfristige Lösungen“, so Seefried. „Die Maßnahmen müssen die Unterrichtsversorgung dauerhaft verbessern. Es nützt nichts, das Problem auf spätere Schuljahre zu verschieben.“ Mit der Wiedereinführung des G9 an den Gymnasien im Schuljahr 2020/21 würden außerdem schlagartig 1300 weitere Lehrstellen fehlen, um den zusätzlichen Stundenbedarf zu decken.

„Die Landesregierung hat kein Konzept gegen den Lehrermangel“, kritisiert Seefried. In den Haushaltsverhandlungen im Dezember 2016 hat die CDU-Landtagsfraktion vorgeschlagen, mit einer richtigen Image-Offensive für den Lehrerberuf in Niedersachsen zu werben. Rot-Grün hat dies abgelehnt.



Kai Seefried – schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

AUS DEM PARLAMENT DÜNGEN VERBOTEN!

Niedersachsens Landwirte werden durch die geplante Randstreifenregelung des Umweltministeriums faktisch enteignet

Eine 5-Meter-Tabuzone für Dünger und Pflanzenschutzmittel rund um so gut wie alle Gewässer in Niedersachsen – wenn es nach Rot-Grün geht, soll das bald Realität werden. Die Landesregierung plant neue Vorgaben in Sachen Gewässerschutz und zwar auf Kosten der Landwirte. In ihrer derzeitigen Form wird die geplante „Randstreifenregelung“ hunderttausende Grundstücke in Niedersachsen betreffen. 80.000 Hektar, eine Fläche so groß wie die Hansestadt Hamburg, könnten dann nicht mehr so wie bisher von den Landwirten genutzt werden.

„Die im Entwurf zum neuen Wassergesetz aufgeführte Randstreifenregelung geht über ein Nutzungsverbot weit hinaus – sie kommt einem Berufsverbot gleich“, kritisiert der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Frank Oesterhelweg. „Wenn die Landesregierung eine fünf Meter breite Tabuzone an jeglichen Gewässern einrichtet, in der weder Dünger noch Pflanzenschutzmittel verwendet werden dürfen, beraubt sie die Landwirte ihrer eigenen Flächen.“ Flächenverluste von bis zu 15 Prozent wären die Folge. Außerdem sei mit einer deutlichen Wertminderung der betroffenen Flächen zu rechnen. „Das geplante Wassergesetz bedroht die Existenz von etlichen Landwirten“, so Oesterhelweg.

Geplante Regelung wird fast alle Gewässer betreffen

Rot-Grün begründet die Änderungen mit den Vorgaben des EU-Umweltrechts. Diese wurden allerdings bereits in dem bundesweit einheitlichen landwirtschaftlichen Fachrecht umgesetzt, das je nach Lage der Grundstücke ein Ausbringungsverbot von Dünger und Pflanzenschutzmitteln von bis zu drei Metern vorsieht. Die Länder dürfen strengere Grenzen festlegen – die rot-grüne Landesregierung will von diesem Recht jetzt Gebrauch machen. Die geplante Regelung wird demnach so gut wie alle Gewässer betreffen. Ausgenommen sollen lediglich „Gruppen“ und Gräben sein, die kein Wasser von Flächen unterschiedlicher Besitzer ab- oder durchleiten. Auch Stichgräben und reine Straßenseitengräben sollen von der Regelung ausgenommen sein.

Umweltschutz auf Kosten der Landwirte?

„Nach Berechnungen des Landvolkes werden die neuen Vorgaben im Wassergesetz mindestens 120.000 Kilometer Gewässer beziehungsweise 80.000 Hektar Nutzfläche betreffen“, so Oesterhelweg. „Es ist jedoch davon auszugehen, dass das Umweltministerium die Länge des Gewässernetzes eher unterschätzt – die Fläche dürfte weitaus größer sein.“ Im Endeffekt bedeute das, dass mehr als drei Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Niedersachsen nicht mehr wie bisher genutzt werden können. „Der Umweltminister sollte das Gesetz daher sofort zurückziehen“, fordert Oesterhelweg. „Die CDU-Fraktion ist gegen die weitere Verknappung der landwirtschaftlichen Flächen in Niedersachsen.“

Im Sinne des Gewässerschutzes dürfe die Randstreifenregelung wenn überhaupt nur auf freiwilliger Basis erfolgen, zudem müssen Landwirte für den Grundwasserschutz entsprechende Ausgleichszahlungen erhalten. „Die Landesregierung kann nicht den Grund und Boden der Bauern beschneiden und sie dann nicht einmal für ihren Verlust entschädigen“, so Oesterhelweg. Ein finanzieller Ausgleich für die Betroffenen sei im Gesetzesentwurf bisher aber nicht vorgesehen.



Die geplante Randstreifenregelung wird mehr als 80.000 Hektar Land in Niedersachsen betreffen.

Foto: picture alliance/Westend61



Frank Oesterhelweg – stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

TERMINE

23. Februar
Forum Spätaussiedler und Heimatvertriebene

1. – 3. März
Plenum des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Anjuli Walter
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook

<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>